

## Perspektiven ziviler Friedenspolitik

### Einleitung zum Heftschwerpunkt

von Kai Burmeister, Ute Finckh-Krämer und Stefan Stache



Foto: © Robert Kneschke - Fotolia.com

Mit dieser Ausgabe der spw zur Friedenspolitik soll ein Beitrag zur Diskussion um die Fortentwicklung fortschrittlicher Außenpolitik geliefert werden. Dabei kann ein kurzer Blick in die Vergangenheit helfen, nach dem Motto, was können wir lernen, nicht im Sinne einer Wiederholung der Vergangenheit, sondern um Kriterien und Maßstäbe zu entwickeln, die sich auf gegenwärtige Konfliktkonstellationen anwenden lassen.

Die SPD hat was Friedenspolitik, was Sicherheitspolitik anbelangt, eine widersprüchliche Geschichte, aber auch Kontinuitäten vorzuweisen. Auf der einen Seite hat die SPD eine antimilitaristische Linie, die sich durch ihre ganze Geschichte hindurchzieht. So kamen einige der prominentesten Militarismus-KritikerInnen des Kaiserreichs wie Karl Liebknecht

und Rosa Luxemburg aus der Sozialdemokratie. Die SPD hat allerdings, wenn auch ohne Begeisterung und gegen eine fraktionsinterne Minderheit, im August 1914 den Kriegskrediten zugestimmt. Nach dem Zweiten Weltkrieg hat die SPD sich lange gegen die Bewaffnung der Bundesrepublik Deutschland gewehrt, und sich, als diese nicht mehr zu verhindern war, für die Parlamentsanbindung der Bundeswehr eingesetzt, die unter anderem durch die Funktion des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages symbolisiert wird. Mit der Ostpolitik, die von Willy Brandt eingeleitet wurde, hat die SPD nicht unwesentlich zu einem friedlichen Ende des Ost-West-Konfliktes beigetragen. Entspannungs- sowie Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik waren gerade in dieser Phase Markenzeichen der SPD-Außenpolitik.

Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes hat die SPD die Verständigungs- und Abrüstungsprozesse zwischen den ehemaligen Blöcken unterstützt. Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes brachen allerdings auch viele Konflikte neu auf. Es kam zu Bürgerkriegen in Ländern wie Jugoslawien, bei denen auch in der SPD mehrheitlich ein Eingreifen von außen befürwortet wurde. Im Zuge dieser Entwicklung wurde die Bundeswehr zu einer „Einsatzarmee“ umgebaut. Diese Entwicklung war in der Gesellschaft wie in der SPD umstritten, die Debatte darüber blieb aber – anders als die zum NATO-Doppelbeschluss Anfang der Achtziger Jahre – auf friedens- und sicherheitspolitisch Interessierte beschränkt. Schließlich setzten sich in Deutschland die Befürworter von Einsätzen im multilateralen Rahmen durch, was, bis auf den Einsatz im Kosovo, eine Anbindung an ein UN-Mandat bedeuten sollte. Die SPD klagte vor dem Bundesverfassungsgericht und erreichte dadurch, dass die Entsendung der Bundeswehr vom Deutschen Bundestag genehmigt werden muss.

Die rot-grüne Koalition hat insofern in der deutschen Außenpolitik mit einem paradigmatischem Wechsel begonnen, indem sie zivile Konfliktbearbeitung überhaupt erst als strukturellen Bestandteil der Außenpolitik institutionalisiert hat: Die Einführung des Zivilen Friedensdienstes (ZFD), das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF), die Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF), die Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung (FriEnt) und der Aktionsplan Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung sind Beispiele dafür.

Die aktuelle Ukraine-Krise zeigt, wie schwierig der Umgang mit Konflikten ist. Friedenspolitisches Engagement heißt zunächst einmal, dass man sich der Problematik von externer Einmischung in Konflikte und der Begrenztheit des möglichen Einflusses bewusst ist. Damit ist Einmischung generell, nicht nur die militä-

rische gemeint. Ein konfliktsensibler Umgang mit den am Konflikt beteiligten Parteien darf sich nicht auf die eine oder die andere Seite stellen, sondern sollte einem an Konfliktmoderation orientierten Ansatz folgen. Das heißt, das Ziel sollte sein, die Konfliktpartner dazu zu bewegen, miteinander zu reden und von der Notwendigkeit zu überzeugen, grundsätzlich bestimmte Interessen wechselseitig als legitim anzuerkennen. Die gegenwärtige Diskussion über die Ukrainekrise in Deutschland ist eher von Parteinahmen für oder gegen bestimmte Konfliktbeteiligte geprägt.

### Perspektiven jenseits der großen Koalition

Im Regierungsprogramm der SPD für den Wahlkampf 2013 fanden sich nur wenige friedenspolitische Forderungen wieder. Diese betrafen insbesondere das Thema Rüstungsexporte, das durch Presseberichte und öffentliche Aktionen der „Aktion Aufschrei“ inner- und außerhalb der SPD präsent war und das international kontrovers diskutierte Thema bewaffnete Drohnen. Mit Cornelia Füllkrug-Weitzel berief Peer Steinbrück eine friedens- und entwicklungspolitisch hoch kompetente Genossin in sein Kompetenzteam.

Da es nicht für die angestrebte rot-grüne Koalition reichte und vor der Wahl ein rot-rot-grünes Bündnis ausgeschlossen worden war, entschied sich die SPD für eine große Koalition. Dabei ist wiederum nur ein Teil dessen, was die SPD in ihrem Regierungsprogramm gefordert hat, in den Koalitionsvertrag übernommen worden. Bisher wurde etwas mehr Transparenz bei den Rüstungsexporten erreicht. Ob es tatsächlich zu einer restriktiveren Rüstungsexportpolitik kommt, muss sich noch zeigen. Offen ist auch, zu welchem Ergebnis die Debatten um bewaffnete Drohnen und autonome Waffensysteme führen werden. Positiv ist zu werten, dass im Bundeshaushalt 2014 erstmals seit Jahren Erhöhungen der Mittel für den ZFD, das ZIF und die DSF erreicht werden konnten.

Auch aus friedenspolitischer Sicht ist die Frage wichtig, welche machtpolitischen Optionen sich die SPD für die nächste Bundestagswahl aufbauen will und kann. Dazu gehört insbesondere eine offene Diskussion über die Rolle der LINKEN in einer rot-rot-grünen Konstellation. Bereits in der Zeitschrift „Weltrends“ wurde Ende 2012/Anfang 2013 kontrovers darüber diskutiert, ob es eine gemeinsame rot-rot-grüne Außenpolitik geben könnte. Michael Kellner, heute Bundesgeschäftsführer von Bündnis 90/Die Grünen, damals Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft Frieden & Internationale Politik von Bündnis 90/Die Grünen schrieb in dieser Debatte:

„Der völkerrechtswidrige Kosovokrieg war der Tiefpunkt rot-grüner Außenpolitik. Das ist genauso wenig ein Modell für die Zukunft wie die Haltung der Bundestagsfraktion der Linken, die selbst unbewaffnete Militärbeobachter im Rahmen der Vereinten Nationen ablehnt. Grüne haben aus dem Kosovokrieg zwei Konsequenzen gezogen. Erstens: Nie wieder einem Auslandseinsatz ohne Mandat der UN zuzustimmen. Zweitens haben sie eine intensive Debatte um Kriterien für solche Auslandseinsätze begonnen. Dies umfasst ein Bekenntnis zur Friedenssicherung im Rahmen der UN. Im Ausnahmefall kann der Einsatz von Militär notwendig sein, um schwerste Menschenrechtsverletzungen zu verhindern. Als Mitglied der Vereinten Nationen ist Deutschland grundsätzlich verpflichtet, zur internationalen Friedenssicherung beizutragen. Leider werden Menschenrechte auch für üble Machtpolitik missbraucht; da haben viele Kritiker recht“ (Kellner 2012: 116).

Für die Fraktion der LINKEN konterte Jan van Aken, außenpolitischer Sprecher der Fraktion Die LINKE und auch in dieser Legislaturperiode Mitglied im Auswärtigen Ausschuss:

„Die Linke fordert nicht nur ein Ende der deutschen Beteiligung an Kriegseinsätzen,

sondern macht dies auch zur Bedingung einer Regierungsbeteiligung. Das ist die rote Linie, welche die Partei Die Linke mit breiter Zustimmung ihrer Mitglieder gezogen und im Parteiprogramm festgeschrieben hat. Eine rot-rot-grüne Koalition steht schon deshalb überhaupt erst zur Debatte, wenn SPD und Grüne eine Abkehr von Auslandseinsätzen der Bundeswehr vollziehen“ (van Aken 2013: 109).

Im Januar 2014 versuchten auf Initiative des taz-Redakteurs Stefan Reinecke die Bundestagsabgeordneten Agnieszka Brugger (B90/Grüne) und Stefan Liebich (LINKE) eine gemeinsame Position gegenüber der SPD zu formulieren (Brugger/Liebich 2014), auf die Hilde Mattheis und Ute Finckh-Krämer relativ kurzfristig zu reagieren versuchten (Mattheis/Finckh-Krämer 2014). Damit ließ sich aber der Grunddissens nicht auflösen, was die ersten Schritte einer rot-rot-grünen Regierung zur Verwirklichung des gemeinsamen Fernziels einer Welt ohne Krieg und Militär sein sollten:

- Ein sofortiges Ende aller Auslandseinsätze der Bundeswehr, unabhängig vom Mandat und Umfang sowie der Austritt aus der NATO,
- oder der Aufbau von wesentlich leistungsfähigeren Strukturen für Zivile Konfliktbearbeitung und eine intensivere diplomatische Unterstützung von Friedens- und Abrüstungsprozessen, bei der bestehende Auslandseinsätze geordnet beendet und im Einzelfall im Rahmen von Beobachtungs- und Waffenstillstandsmissionen mittelfristig noch Auslandseinsätze der Bundeswehr möglich sind, solange national und international noch keine ausreichenden Kapazitäten für Ziviles Peacekeeping und Polizeimissionen vorhanden sind?
- oder zu prüfen, welche Zwischenschritte möglich sind.

Die „ultima ratio“-Debatte, bei der fast jede Diskussion um Rüstung und Militär nicht nur innerhalb unserer Partei oder bei den Grünen, sondern auch in Kirchen, Gewerkschaften und entwicklungspolitischen Organisationen unweigerlich landet, ist wenig hilfreich. Denn sie verstellt den Weg dafür, konkrete politische Vorhaben voranzutreiben, die uns dem langfristigen Ziel einer Welt ohne Krieg und Militär näher bringen. Die – berechtigte – Kritik an Militäreinsätzen hat nicht etwa zu einer über die überschaubare friedenspolitische Szene hinausreichenden Debatte über ein radikales Umsteuern geführt, sondern einerseits zu fruchtlosen Rechtfertigungsdebatten („ohne den Militäreinsatz wäre alles noch viel schlimmer gekommen“), andererseits zu Debatten über „lessons learned“ des Militärs. Dadurch wird bei vielen politisch Verantwortlichen der Eindruck erweckt, dass die nachgewiesenen Fehler vermieden werden können und damit weiteren Militäreinsätzen zur Verwirklichung angeblicher oder tatsächlicher humanitärer Ziele nun wirklich nichts mehr entgegensteht.

Stattdessen wäre es sinnvoller, sich an Fragen wie diesen zu orientieren:

- Wie können die diversen weltweiten und regionalen Wettrüsten beendet und in Abrüstungsprozesse umgewandelt werden?
- Wie kann die herrschende „Sicherheitslogik“, die mit „worstcase“-Szenarien arbeitet, durch eine „Friedenslogik“ ersetzt werden, die Sicherheit als gemeinsame Sicherheit begreift und Misstrauen durch konkrete vertrauensbildende bzw. Überprüfungsmaßnahmen von Verträgen (Verifikationsmaßnahmen) ersetzt?
- Wie lässt sich das Dilemma auflösen, dass die Staaten weltweit den Vereinten Nationen eher Militär als zivile Experten und eher Geld für bewaffnete Peacekeeping-Einsätze als für diplomatische oder

zivile Aktivitäten zur Deeskalation von Konflikten zur Verfügung stellen, obwohl in der Charta der Vereinten Nationen ein klares Bekenntnis zu gewaltfreier Konfliktbewältigung enthalten ist?

- Wie können die regionalen Organisationen, die sich an den Grundsätzen von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten und friedlicher Konfliktaustragung orientieren und für alle offen sind, die diese Grundprinzipien unterstützen (in Europa z.B. der Europarat und die OSZE), gestärkt werden?
- Was muss sich wirtschafts- und innenpolitisch in den Industriestaaten und in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen ändern, damit das Engagement für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und friedliche Konfliktaustragung nicht mehr als ideologische Rechtfertigung für eine Politik wahrgenommen wird, mit der die Reichen dieser Erde ihren Reichtum gegen die Armen verteidigen?

Im Rahmen dieser und evtl. weiterer Grundfragen könnten dann konkrete Forderungen diskutiert und bewertet werden, z.B.:

- Verbot von Rüstungsexporten in Länder außerhalb der NATO (ggf. mit einem Zwischenschritt, der den Export in Konfliktregionen und in Länder, die gravierende Menschenrechtsverletzungen begehen, verbietet)
- Ausschluss von Rüstungsexporten aus Hermes-Bürgschaften
- Die kontinuierliche Erhöhung der Mittel für die Deutsche Stiftung Friedensforschung, den Zivilen Friedensdienst, das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze oder allgemeiner für Zivile Konfliktbearbeitung im Bundeshaushalt

- Eine internationale Initiative für ein Abkommen zur Ächtung von bewaffneten Drohnen und autonomen Waffen
- Verzicht auf Werbemaßnahmen der Bundeswehr in Schulen und bei Minderjährigen, Hochsetzung des Mindestalters für eine Verpflichtung als Zeitsoldat auf 18 Jahre
- Der Abzug statt der von den USA geplanten Modernisierung der Atomwaffen aus Büchel (ggf. als Vorleistung, um Russland von parallelen Modernisierungsprojekten abzubringen)
- Mit Blick auf eine nuklearwaffenfreie Welt möglichst rasche Verhandlungen über eine Nuklearwaffenkonvention und die Unterstützung von vorbereitenden Maßnahmen dafür (z.B. Expertenkonferenzen)
- Forderung nach und Unterstützung von Verhandlungen über eine massenvernichtungswaffenfreie Zone im Mittleren Osten
- Unterstützung internationaler Initiativen wie „Global Zero“, ICAN, PNND und anderen, die mit unterschiedlichen Mitteln und Akteuren auf eine nuklearwaffenfreie Welt hinarbeiten
- Die geordnete Beendigung von bereits laufenden Auslandseinsätzen der Bundeswehr
- Unterstützung des Internationalen Waffenhandelsvertrags (ATT) und seiner Ratifizierung/Implementierung
- Evaluierung der Auslandseinsätze der Bundeswehr, die über die Entsendung von Militärbeobachtern hinausgingen

Diese Fragen müssen alle unter dem Aspekt diskutiert werden, wo die Bundesrepublik

Deutschland Handlungsmöglichkeiten hätte und welche internationalen Partner für die jeweiligen Politiken gefunden werden könnten.

Es wäre daher sowohl in der Diskussion innerhalb der Partei als auch über die Parteigrenzen hinweg sinnvoll, sich zunächst darüber klar zu werden, dass es links der Mitte einen breiten Konsens für das Fernziel gibt, Militär und Rüstung abzuschaffen und Konflikte gewaltfrei zu lösen. Und dass dieses Fernziel nicht so utopisch ist wie das himmlische Jerusalem der Offenbarung des Johannes, sondern durch international abgestimmte Anstrengungen erreicht werden kann. Zusätzlich zur Diskussion innerhalb der SPD und mit sozialen Bewegungen und der Friedensforschung ist rechtzeitig mit möglichen Koalitionspartnern zu reden. Mit diesem Schwerpunkt möchte die spw die Debatte bündeln und Kontroversen im linken Lager verdeutlichen, um schließlich politisch-konzeptionelle Klarheit im Lager zu erreichen und Kontroversen konstruktiv aufzulösen.

Innerhalb der SPD wurde beispielsweise im Landesverband Schleswig-Holstein unter der Überschrift „Friedenspolitik heute“ eine entsprechende Debatte begonnen, die im nächsten Heft von spw dokumentiert werden soll.<sup>1</sup> Einen kenntnisreichen Blick auf die außenpolitischen Debatten bei den Grünen richtet *Uli Cremer* in seinem Beitrag, der auch auf die Widersprüchlichkeiten des Konzepts der Schutzverantwortung eingeht.

*Thorsten Grommes* und *Matthias Dembinski* stellen in ihrem Beitrag die Erkenntnisse der Friedensforschung dar, unter welchen Bedingungen humanitäre militärische Interventionen Erfolge erzielen oder aber scheitern. Angesichts ihres differenzierten Urteils ergibt sich einerseits weiterer wissenschaftlicher Forschungsbedarf, andererseits sollen die vorgelegten Ergebnisse schon jetzt stärker in die politische Debatte einfließen.

<sup>1</sup> [www.spd-schleswig-holstein.de/de/friedenspolitik](http://www.spd-schleswig-holstein.de/de/friedenspolitik)

Dieter Senghaas erinnert daran, dass der Zivilisierung unvermeidbarer politischer Konflikte – auch in den entwickelten Ländern – lange, oft militante Auseinandersetzungen und kollektive Lernprozesse vorausgingen, die in unterschiedliche Lösungen der friedlichen Konfliktregulierung und bindende Verfassungen mündeten. Zivilisierung politischer Konflikte erfordere jedoch über institutionalisierte Ordnungen hinaus eine intakte politische Öffentlichkeit, die möglichst transparente und reflexive Debatten einschließlich der gesellschaftlichen Zukunftsfragen ermögliche.

Jan-Thilo Klimisch bezeichnet die deutsche Rüstungsexportpolitik als Irrweg. Aus friedenspolitischer Perspektive sei eine Neuorientierung dringend geboten. Rüstungsexporte in Krisen- und autoritär geführte Länder hätten nicht zur Beilegung, sondern zur Verschärfung von Konflikten beigetragen. Anstelle der dehnbaren Grundsätze für den Rüstungsexport fordert Klimisch klare und verbindliche Kriterien ein, die z.B. in einem Rüstungsexportkontrollgesetz festgelegt werden sollten.

Otfried Nassauer legt dar, dass Russland und die NATO mit der Ukraine-Krise auf eine neue Phase der Konfrontation zusteuern. Die Ursachen dafür seien keineswegs nur in Russland zu suchen. Russland und Europa müssten einen Weg aus dieser Krise finden. Sie sei nicht in ihrem Interesse, so der Autor. ■

☞ Kai Burmeister ist Gewerkschaftssekretär in Stuttgart und Mitglied der spw-Redaktion.

☞ Ute Finckh-Krämer ist Mitglied der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses, Obfrau im Unterausschuss für Zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und vernetztes Handeln sowie stellvertretende Vorsitzende des Unterausschusses Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung.

☞ Stefan Stache ist Chefredakteur der spw und lebt in Hannover.



Bei diesem Band handelt es sich um das leicht überarbeitete und um die Zeit nach der Bundestagswahl 2009 bis zum SPD-Mitgliederentscheid 2013 erweiterte Kapitel „Geschichte der Strömungs- und Faktionskämpfe der SPD“ der im Nomos Verlag erschienenen Publikation „Aufstieg und Krise der SPD. Flügel und Repräsentanten einer pluralistischen Volkspartei“.

Der Autor analysiert die Geschichte der SPD-Flügel nach 1945 und legt dar, dass sie Transmissionsriemen sozialer Milieus und gesellschaftspolitischer Lager und damit Gradmesser für den Erfolg der SPD sind. Die Hochzeit der SPD als linke Volkspartei in den 1970er Jahren mit über 40 Prozent der Wählerstimmen und über einer Million Mitgliedern war auch die Erfolgszeit der SPD-Flügel. Erst mit der Ausgrenzungspolitik unter dem SPD-Vorsitzenden und Kanzler Schröder setzte mit der Verabschiedung der Agenda 2010 die Krise der SPD ein. Sie fand bei der Bundestagswahl 2009 ihren Höhepunkt und dauert bis heute an. Die Geschichte der SPD-Flügel zeigt Auswege aus der Krise auf und weist anhand von programmatischen und personalpolitischen Aushandlungsprozessen nach, dass eine partizipatorische Politik mehrheitsfähig ist und sich nicht auf legitimatorische Mitgliederentscheide beschränken muss.

spw-verlag, 178 Seiten, € 18,00